

Ergänzungsantrag zur Petition

„Dresden soll sicherer Hafen werden“

Interfraktionell

Bündnis 90/Die Grünen

DIE LINKE

SPD

Dissidenten

Gegenstand:

Dresden soll sicherer Hafen werden

Beschlussvorschlag:

1. Der Petition „Dresden soll sicherer Hafen werden“ kann abgeholfen werden.

2. Der Stadtrat möge zur Umsetzung der Petition beschließen:

2.1 Die Landeshauptstadt Dresden schließt sich der Initiative „Seebrücke schafft sichere Häfen“ an und bekennt sich zur Potsdamer Erklärung der „Städte Sicherer Hafen“.

2.2 Als Sicherer Hafen steht die Landeshauptstadt Dresden, hinter der Seenotrettungs-NGO „Mission Lifeline“.

2.3 Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich bei der sächsischen Landesregierung dafür einzusetzen, die Bundesregierung aufzufordern, eine Selbsteintrittserklärung nach der Dublin III-Verordnung zur Aufnahme von aus dem Mittelmeer geretteten Geflüchteten abzugeben.

2.4 Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gegenüber dem Bundesministerium des Innern und für Heimat die Bereitschaft der Landeshauptstadt Dresden zu erklären, bis zu 100 aus dem Mittelmeer gerettete Geflüchtete jährlich zusätzlich zu den Verteilungen nach §6 Abs. 3 SächsFlüAG mittels weiterer Zuweisungen in Dresden aufzunehmen.

2.5 Die Landeshauptstadt Dresden bietet aktiv Bleibeperspektiven für geflüchtete Menschen und setzt damit ein Zeichen für eine weltoffene und solidarische Stadtgesellschaft.

Begründung:

Aktuell sind bereits 267 Kommunen und Landkreise "Sichere Häfen". Damit solidarisieren sie sich mit Menschen auf der Flucht. Für Dresden als weltoffene Stadt sollte das jedoch eine Selbstverständlichkeit sein, zumal zu diesen 267 Kommunen alle Hauptstädte der Bundesländer außer Schwerin und Dresden gehören. Es sollte auch eine Selbstverständlichkeit sein, der Petition der Seebrücke Dresden zu folgen und dadurch auch das Image der Landeshaupt Dresden als weltoffene Stadt nachhaltig zu stärken. Viele Städte im Bündnis "Sicherer Hafen" verpflichteten sich über die Aufnahmebereitschaft hinaus in unterschiedlichem Maße Aufnahmestrukturen zu schaffen, vorhandene Kapazitäten zu nutzen und einzusetzen, damit mehr Geflüchtete ein Zuhause finden können.

Für Dresden bedeutet ein Beitritt zum Bündnis „Sicherer Hafen“, eine Bereitschaftserklärung abzugeben, dass die Stadt Dresden bereit ist, mehr geflüchtete Menschen aufzunehmen, als der Königsteiner Schlüssel vorgibt. Laut diesem besteht für Dresden die Pflicht, ca. 2750 geflüchtete Menschen zeitgleich in der Stadt aufzunehmen. Das sind weniger als 0,5% der Stadtbevölkerung.

Die Stadt Dresden, die Verwaltung, der Stadtrat und ihre Bewohnerinnen und Bewohner können aktiver als bisher helfen, die universell geltenden Menschenrechte, wie sie die UN-Charta festschreibt, umzusetzen. Bereits zweimal fand ein vergleichbarer Antrag im Stadtrat keine Mehrheit, was zum Teil schwer nachvollziehbar begründet wurde. Nun startete die „Seebrücke Dresden“ im Juli 2021 eine neue Initiative, eine Petition, um dieses Anliegen in Dresden bekannter zu machen und Unterstützerinnen in der Stadtgesellschaft zu finden. Ein entsprechender Aufruf wurde von 71 Dresdner Vereinen, Institutionen, Firmen und Verbänden unterzeichnet. Zu den Unterzeichnenden gehören die Technische Universität Dresden, die Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. – Regionalgruppe Dresden, Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Dresden, DGB Region Dresden – Oberes Elbtal, DRESDEN-concept e.V., Albrecht Nollau und Christian Behr, Superintendenten der Ev.-Luth. Kirchenbezirke Dresden, Akiva Weingarten - Rabbiner der Jüdische Gemeinde zu Dresden sowie Paul Hoorn und Freunde, um nur einige zu nennen. Darüber hinaus trugen sich in den Monaten Juli und August 5 000 Menschen in die Unterschriftenlisten für die Petition der Seebrücke ein. Alle gemeinsam setzen sie sich für das Projekt „Sicherer Hafen“ ein. Sie eint das Ziel, Menschen auf der Flucht einen sicheren Weg und ein menschenwürdiges Ankommen zu gewährleisten.

Die Geschichte der SEEBRÜCKE beginnt Ende Juni 2018. Damals musste die „Mission Lifeline“, das Schiff der Dresdner Seenotrettungs-NGO, mit 234 Menschen an Bord tagelang auf hoher See ausharren. Keiner der europäischen Häfen war bereit, es anlegen zu lassen. So ist die neue Initiative der Seebrücke, Menschen in Not zu helfen, besonders nachvollziehbar. In der Begründung des Aufrufes schreibt die „Seebrücke Dresden“, u. a.

„In unserer Stadt leben, lieben, glauben, arbeiten, lernen und studieren über eine halbe Million Menschen. Manche leben schon immer hier, andere sind im Laufe ihres Lebens aus

unterschiedlichsten Gründen hergezogen. Für uns alle gibt es Platz in dieser schönen und beeindruckenden Stadt. Jede und jeder könnte das Leben frei gestalten ohne andere in ihrer Freiheit einzuschränken. Viele Menschen auf der Welt haben diese Möglichkeit nicht.

Sie sind auf der Flucht vor Not, Krieg, Gewalt und Verfolgung. Geflüchtete Menschen sind auf der Suche nach einem Leben in Frieden und Sicherheit für sich und ihre Familien. Etwas, was jedem Menschen zusteht. Dafür nehmen sie den lebensgefährlichen Weg über das Meer auf sich, stranden in menschenunwürdigen Lagern an Europas Außengrenzen und mitten in Europa. Und die Europäische Union – mitverantwortlich für die Situation dieser Menschen – schottet ab, baut Mauern und Grenzen, nimmt in Kauf, dass Menschen im Meer ertrinken. Das steht im Gegensatz zu ihren proklamierten Werten, die auf der Achtung der Menschenwürde, der Wahrung der Menschenrechte, Solidarität, Gleichheit und Gerechtigkeit gründen. Werte, die unser Handeln bestimmen.“

Wenn die Verwaltung, der Stadtrat und die breit aufgestellte Zivilgesellschaft, diese Aufgaben eines „Sicheren Hafens“ gemeinsam angehen, können sie das notwendige Potenzial erschließen, um sie zu bewältigen.